

**Niederschrift über die Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 28. März 2011**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Jäger, Jenner-Wanek, Sczuka	(CDU)
Forster, Gruber-Seibold	(SPD)
Auer, Wilhelm	(FDP-FW)
Bodamer	(Freie Wähler)
Brodersen	(GRÜNE)

Die Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege: Franke, Gugeller-Schmieg, Rook, Waizel, Windmüller

Entschuldigt: Schladt

Die beratenden Mitglieder: Anderl, Gröner, Dr. Reuter, Schanbacher, Schoch, Keidel,

Ferner:

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin	
Dezernent Bauer	
Kreiskämmerer Geißler	
Kreisjugendamtsleiter Wieland	
Hr. Hägele, Kreisjugendamt	Top 1
Hr. Toth, Bildungszentrum Weissach i. T.	Top 2
Fr. Pereira, Bildungszentrum Weissach i. T.	Top 2
Hr. Kunz, Leitung Keplerschule Korb	Top 3
Fr. Hahn-Weik, Fachkraft f. Beauftragungsweisungen	Top 4

Weitere Mitarbeiter

Presse

Die Schriftführerin: Kreisamtfrau Bellviure

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:20 Uhr

## § 2

### Bericht über Schulsozialarbeit im Rems-Murr-Kreis

(Drucksache 118/2009-JHA30.11.09 bereits übersandt;

Drucksache 2011-11-JHA28.03.)

Der Landrat bemerkt einleitend, die Zuschüsse des Kreises seien als Anschubfinanzierung für die Schulsozialarbeit der Gemeinden gedacht.

Jugendamtsleiter Wieland berichtet entsprechend der Drucksache über die Entwicklung der Schulsozialarbeit und erklärt, die Verknüpfung von Jugendhilfe und Schule stehe immer mehr im Vordergrund. Die positiven Reaktion der Kommunen seien dabei sehr erfreulich.

Die Schulsozialarbeiter des Bildungszentrums Weissacher Tal, Herr Toth und Frau Pereira, berichten aus der Praxis und stellen ihr Projekt „Heuhotel“ vor.

Kreisrätin Wilhelm erklärt, dass sie sich eher Informationen aus dem Alltag eines Schulsozialarbeiters gewünscht habe. Sie möchte wissen, wie hoch die Kosten für das Heuhotel waren und wo sich das Heuhotel befinde. Sie wundere sich, wieso Herr Toth und Frau Pereira von einem Konfliktpotential gesprochen haben, das es doch grundsätzlich normal sei, dass neue Klassen erst zusammenfinden müssen.

Kreisrätin Jenner-Wanek dankt der Verwaltung, dass eine Anschubfinanzierung für die Schulsozialarbeit in Winnenden ermöglicht werden konnte.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Toth, die Schulsozialarbeit würde auch immer mehr an Grundschulen benötigt, denn dort träten zunehmend größere Probleme auf, die dann auf die weiterführenden Schulen mitgebracht würden.

Für das Heuhotel hätten die Eltern 19,50 € pro Kind bezahlt. Darin seien Essen, Übernachtung und die Busfahrt nach Murrhardt enthalten gewesen.

Konfliktpotential sei in neuen Klassen tatsächlich immer vorhanden, da sich die Schüler neu anpassen müssten. Die Konflikte hätten sich jedoch in den vergangenen Jahren verstärkt und auch die



Zunahme an verbaler Gewalt sei auffallend. Einzelfallhilfe sei sehr wichtig sei. Die Vernetzung erfolge über eine 14-tägige Sprechstunde des Jugendamtes an der Schule.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

2 Kreisjugendamt

### § 3

#### Kooperation zwischen dem Sozialen Dienst des Kreisjugendamts und den Schulen (Drucksache 2011-12-JHA28.03.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreisjugendamtsleiter Wieland berichtet über die Entwicklung der Kooperation und erläutert die Drucksache. Er hebt hervor, dass man inzwischen mit 134 Schulen schriftliche Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen habe und nur noch 16 Schulen des Rems-Murr-Kreises fehlen. Auf diesen Erfolg könne man stolz sein.

Der Leiter der Keplerschule in Korb, Herr Kuntz, beschreibt die Kooperation aus der Sicht der Praxis. Es würden regelmäßige 14-tägig Beratungstermine angeboten, die auch in der Gesamtlehrerkonferenz großen Zuspruch fänden. Bei Bedarf könnten zusätzliche Beratungen angefordert werden. Es bestehe auch ein enger Kontakt zu der Vertrauenslehrerin und der Mobbing-Beauftragten der Schule. Die starke Zunahme des Cyber-Mobbings stelle ebenfalls ein großes Problem dar. Die Termine würden von den Schülern oft und regelmäßig wahrgenommen, häufig sogar ohne Wissen der Eltern. Es würden weitere Hilfsangebote vermittelt, teilweise auch Unterkunftsmöglichkeiten. Auch der Kontakt zum Hort sei sehr eng, da dort oft problematische Kinder seien, die zum Teil auch Jugendhilfemaßnahmen erhielten. In der Keplerschule nehme man auch die Schüler auf, die für andere Schulen nicht mehr tragbar seien, und vereinbare mit ihnen Ziele und eine Probezeit.

Die angebotenen Hilfen hätten oft auch eine Wegweiser-Funktion, z.B. Trauerberatung bei Todesfällen. Über die Beratungstermine könnten außerdem sozialpädagogische Familienhilfen vermittelt werden, da oftmals die Probleme auch bei den Eltern lägen, die Hilfe benötigten.

Die Beratung des Kreisjugendamts sei eminent wichtig als Wegweiser zu weiteren Hilfeangeboten. Die Lehrer spürten ein hohes Maß an Beratungs- und Problemlösungskompetenz. Damit könne das Handlungs- und Beratungsrepertoire auf Lehrerseite klar erweitert werden. und es könne präventiv agiert werden. Die Kooperation gebe den Lehrern und dem Schulleiter vor allem auch in schwierigen Situationen Sicherheit.

Kreisrätin Bodamer findet es bedauerlich, dass sich die verbleibenden 16 Schulen noch nicht zum Unterzeichnen der Kooperationsvereinbarung hätten durchringen konnten, und fragt, ob dafür das Jugendamt auf die Schulen zugehen müsse oder umgekehrt.

Herr Wieland antwortet, dass man bereits mit allen Schulen zusammenarbeite und nur noch die schriftlichen Kooperationsvereinbarungen fehlten.

Herr Kuntz erklärt auf Fragen aus dem Ausschuss, in der Keplerschule nähmen ca. 12 Fälle pro Jahr die Hilfe des Kreisjugendamts in Anspruch. Dabei handle es sich aber nicht immer um die gleichen Schüler, da sich die Probleme häufig durch die Beratung lösen ließen. Es sei eine vorherige Anmeldung im Sekretariat nötig. Wenn keine Anmeldungen vorlägen, werde der Termin abgesagt. Die Beratung von Eltern oder Kindern könne auch anonym erfolgen. Es gebe Einzelfälle, in denen die Schüler fünf bis sechs Jahre lang begleitet würden.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:  
2 Kreisjugendamt

## § 4

### Ausbau der Betreuungsweisungen bei Jugendstrafverfahren (Drucksachen 98/2010-JHA30.11.09 und 2011-13-JHA28.03.)

Kreisjugendamtsleiter Wieland erläutert eingehend die Drucksache und weist insbesondere darauf hin, dass es im Bereich der Betreuungsweisungen Engpässe gebe. Deshalb habe der durchführende Träger Bewährungshilfeverein/PräventSozial beantragt, die seitherige 50 %-Stelle auf 100 % aufzustocken. Darüber werde beantragt, den seitherigen Personalkostenzuschuss i.H.v. 14.300 Euro aufzustocken. Er habe seither schon nicht mehr der ursprünglich vereinbarten  $\frac{3}{4}$ -Finanzierung entsprochen, sondern nur noch  $\frac{2}{3}$  der Kosten abgedeckt. Dem Verein sei daher ein jährlicher Zuschuss von 24.700 Euro in Aussicht gestellt worden.

Frau Hahn-Weik berichtet als durchführende Fachkraft für Betreuungsweisungen aus der Praxis.

Kreisrätin Wilhelm bedauert, dass Frau Hahn-Weik nur allgemein über ihre Arbeit berichtet und keinen Einzelfall vorgestellt habe. Sie fragt, ob es „Erfolgsparameter“ gebe, an denen der Erfolg der Arbeit mit den Betroffenen eingeschätzt werden könne.

Kreisrätin Jenner-Wanek spricht Frau Hahn-Weik ihren Dank für ihren hohen persönlichen Einsatz aus.

Frau Hahn-Weik erklärt, dass es für sie ein Erfolg sei, wenn das mit dem Jugendlichen zu Beginn vereinbarte Ziel nach einem halben Jahr erreicht werde. Ggf. würden weitere Maßnahmen in der Jugendhilfe benötigt. Natürlich sei von den Jugendlichen schon vorher die Bereitschaft zur Kooperation erforderlich, damit ein Erfolg überhaupt möglich sei.

Herr Anderl, Richter am Amtsgericht Waiblingen, berichtet, sämtliche Jugendrichter des Kreises hätten die Betreuungsweisungen gelobt. Die Fälle, die so betreut würden, hätten eine deutlich niedrigere Rückfallquote. Dies verdeutliche den Erfolg der Maßnahme.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Verein PräventSozial wird für die Durchführung von Betreuungsweisungen ab dem Jahr 2012 ein jährlicher Zuschuss von 24.700,00 EURO in Aussicht gestellt. Hierfür sind im Haushaltsplanentwurf 2012 die entsprechenden Haushaltsmittel aufzunehmen

Auszüge:

2 Kreisjugendamt

2 Kreiskämmerei



**§ 5**

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgen keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Gabriele Bellviure